

Initiativantrag I 5 zur 19. Bundesjugendkonferenz der IG Metall

Kein Stillschweigen bei Anklage wegen Beihilfe zum Mord

Die 19. Bundesjugendkonferenz möge beschliessen:

Gewerkschaften verstehen sich und werden weltweit als Zusammenschluss abhängig Beschäftigter und von Beschäftigung Ausgeschlossener verstanden. Damit übernehmen Gewerkschaften Verantwortung, ihre Mitglieder in Fragen der Arbeits- und zunehmend auch immer stärker Lebensbedingungen zu vertreten. Das schliesst Konflikte ein, die Gewerkschaften weltweit mit ihren und für ihre Mitglieder führen und lösen müssen. Dabei darf einzig im Interesse der Mitglieder der Gewerkschaft in ihrer Gesamtheit und im Einzelfall auch individuell gehandelt werden. Alle Funktionäre einer Gewerkschaft sind diesem Anspruch verbunden.

Der Presse war zu entnehmen, dass während der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien (1976-1983) nicht nur Gewerkschaften und deren Funktionäre diskriminiert, misshandelt, verschleppt und getötet wurden, sondern dass dabei möglicherweise Konzernleitungen wie von Mercedes-Benz und Gewerkschaftsführer wie der Präsident der argentinischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft SMATA, José Rodríguez, verwickelt waren. Aufgrund verschiedener Hinweise ermitteln derzeit die Staatsanwaltschaften in Buenos Aires und Nürnberg-Fürth wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 14 bis heute verschwundenen Betriebsräten des Mercedes-Benz-Werkes in Argentinien. Auch der Gewerkschaftsführer José Rodríguez ist angeklagt und wird beschuldigt, die Adressen der Betriebsräte weitergegeben zu haben und sich damit wissentlich der innerbetrieblichen Konkurrenz entledigt zu haben.

Seit Anfang der siebziger Jahre bekleidet José Rodríguez das Amt eines Vizepräsidenten des Internationalen Metallarbeiter-Bundes IMB, dessen Präsident der 1. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, ist. Im Exekutivkomitee des IMB wurden die Vorwürfe gegen Rodríguez bisher nicht zur Sprache gebracht.

Wir fordern den Vorstand der IG Metall und insbesondere den 1. Vorsitzenden, Klaus Zwickel, als Präsident des IMB auf, die Vorwürfe gegen José Rodríguez auf der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees des IMB zur Diskussion zu stellen. Darüber hinaus fordern wir den Vorstand der IG Metall auf, sich dafür einzusetzen, dass das Amt des Vizepräsidenten des IMB von José Rodríguez bis zur vollständigen Aufklärung und Entkräftung der Vorwürfe ruht. Sollten sich die Vorwürfe gegen Rodríguez bestätigen, muss der Vorstand der IG Metall entsprechende Maßnahmen im IMB anregen.

Es ist unvereinbar für uns, in einem Gremium, welches weltweit die Interessenvertretungen der Beschäftigten vereinen soll, mit Menschen zusammen zu arbeiten, denen Beihilfe zum Mord an Gewerkschaftern, die sie vertreten mussten, vorgeworfen wird. Hier muss die IG Metall und insbesondere der 1. Vorsitzende als Präsident des IMB deutlich zum Ausdruck bringen, dass unsere Gewerkschaft IG Metall in keinen Zusammenhang mit derartigen Machenschaften gebracht werden will.